

SPD fordert zügige Information zur Abfahrt Gut Neuheim

Die SPD-Fraktion hat am 3. März beantragt, dass die Verwaltung mit Vertretern des zuständigen Straßenbauamtes die Planung der Autobahnabfahrt Gut Neuheim in einer Bürgerversammlung in Friesheim vorstellt. Dabei sollten insbesondere die zu erwartenden Änderungen von Verkehrsströmen und Verkehrsbelastungen im Umfeld der Autobahnabfahrt aufgezeigt werden.

In der Begründung des Antrages heißt es unter anderem:

Anlieger der Weilerswister Straße fordern den Bau einer Umgehungsstraße um Friesheim. Sie beschwerten sich über die stetig steigende Verkehrsbelastung in der Ortsdurchfahrt.

Der Bau der Autobahnabfahrt Gut Neuheim wird die Verkehrsströme im Umfeld verändern. Es ist zu befürchten, dass vor allem im Erfstädter Stadtteil Friesheim der Durchgangsverkehr zunimmt. Dabei ist auch ein starker Anstieg des LKW-Verkehrs zu erwarten.

Auf Weilerswister Seite sind in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen worden, den Verkehr so zu leiten, dass es zu keiner zusätzlich Belastung kommt. Auf Erfstädter Seite ist bisher nichts Vergleichbares unternommen worden.

In der Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion zu diesem Thema warnt auch die Erfstädter Verwaltung davor, dass mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen im Umfeld der Autobahnabfahrt zu rechnen ist. Bei einer solchen Bürgerinformationsveranstaltung sollte die Verwaltung deshalb auch Möglichkeiten aufzeigen, wie sich die negativen Auswirkungen auf ein erträgliches Maß reduzieren lassen.

Ziel dieser Bürgerinformationsveranstaltung soll es vor allem sein, die Friesheimer über zu erwartende Verkehrsflussänderungen zu informieren und gemeinsam mit ihnen nach einer für beide Seiten verträglichen Lösung zu suchen.

Die Stadtverwaltung begrüßte den Antrag zur Durchführung der Bürgerversammlung und schrieb in der Vorlage A 159/2009:

Das geplante Bauvorhaben wird in Gänze vom Straßenbaulastträger, dem Landesbetrieb Straßen NRW, entwickelt und durchgeführt. Um den Bürgern detaillierte Informationen über die Planung, eventuelle Auswirkungen des Bauvorhabens auf Verkehrsströme und Verkehrsbelastungen in Friesheim, sowie über den zeitlichen Rahmen der Bautätigkeit geben zu können, ist die maßgebliche Beteiligung des Landesbetriebes an der Veranstaltung erforderlich. Mit Schreiben vom 23.03.2009 habe ich die Regionalniederlassung Vile-Eifel zu diesem Thema angeschrieben. Da ich hierauf keine Antwort erhalten habe, habe ich heute nochmals eine schriftliche Erinnerung verschickt.

CDU und FDP haben in der Sitzung des Ausschusses Straßen am 9. Juni 2009 den Antrag der SPD-Fraktion, den Landesbetrieb Straßen aufzufordern, an einer solchen zügig einzuberufenden Informationsveranstaltung teilzunehmen, abgelehnt. Sie lassen damit die betroffenen Anlieger der Ortsdurchfahrten von Bliesheim und Friesheim mit ihren Sorgen und Befürchtungen allein.

Die SPD-Fraktion stellt fest, dass offensichtlich auch der zuständige Landesstraßenbetrieb kein Interesse an einer Information der Bürger hat. Sie wird nun versuchen, auf anderem Wege die betroffenen Anlieger zu ihrem Recht kommen zu lassen.